

Bau- u. UmweltA Lütjenburg

1. Sitzung

Sitzung vom 11.1.2010

Seite 1

in Lütjenburg, Rathaus

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 3 bis 5
Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse.

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

(Unterschriften)

Anwesend:

Gesetzl. Mitgliederzahl: 7

a) stimmberechtigt:

1. Dr. Hans Fritzenkötter	13.
2. Jan Bech	14.
3. Thomas Hansen	15.
4. Dirk Sohn	16.
5. Lars Nissen (ab 19.10)	17.
6. Jürgen Panitzki	18.
7. Christian Hanssen f. Matthias Treu	19.
8.	20.
9.	b) nicht stimmberechtigt
10.	1. Bürgermeister Ocker Herr Leyk
11.	2. Herr Walter / Ing.-Büro Walter zu TOP 4
12.	3. Frau Diedrich / BIG Städtebau zu TOP 5 + 6
	4. Herr Braune / KN
	Herr Heitmann / Amt Lütjenburg 1 Zuhörer

Es fehlten:

a) entschuldigt:	b) unentschuldigt:
1. Matthias Treu	1.
2.	2.
3.	

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses waren durch Einladung vom 22.12.2009 auf Montag den 11.1.2010 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die - verkürzte - Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Der Bau- und Umweltausschuss war - nach Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten (TOP 10 + 11)
2. Genehmigung der Niederschrift der 16. Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Geh- und Radweg Piesberg, weitere Vorgehensweise
5. Altes Pastorat
6. Umgestaltung Niederstraße / Gildenplatz
7. Änderung der Hauptsatzung (§ 68 LBO) /
8. Bericht des Umweltschutzbeauftragten
9. Berichte und Verschiedenes

Nicht öffentlich:

10. Bauantragsangelegenheiten
11. Mitteilungen

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

**Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.
Zu dem Punkt 10 + 11 war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.**

1. Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten (TOP 10 + 11)

Die Tagesordnungspunkte 10 + 11 sollen nicht öffentlich beraten werden.

- 7 dafür -

2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 26.10.2009

Gegen das Protokoll der 16. Sitzung werden bis zum Ende der Sitzung keine Einwände erhoben.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

4. Geh- und Radweg Piesberg, weitere Vorgehensweise

Herr Walter erläutert erneut den Sachstand. Dabei weist er darauf hin, dass von dem für die Stadtwerke zuständigen Ausschuss zu entscheiden ist, ob eine Regenwasser- und eine Schmutzwasserleitung neu verlegt werden sollen. Auf Befragen teilt Herr Walter mit, dass nach erfolgter Entscheidung der Baubeginn in Abhängigkeit von der Witterung im März 2010 sein könnte. Der Weg könnte dann noch in der ersten Jahreshälfte genutzt werden. Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. Altes Pastorat

Frau Diedrich gibt einen Abriss über die erfolgten Ausschreibungen. Die beschränkte Ausschreibung hat ergeben, dass 10 von 14 Ausschreibungen aus formalen bzw. Kostengründen aufgehoben werden mussten. Diese auf einen engen Bieterkreis reduzierte Ausschreibung hatte Mehrkosten von ca. 200.000,- € hervorgebracht. Die sodann in die Wege geleitete öffentliche Ausschreibung hat ergeben, dass die Kosten um 67.000,- € höher liegen als beantragt (670.000,- €). Hinsichtlich dieser Mehrkosten schließt sich eine Diskussion an, in deren Verlauf kritisiert wird, dass auch bei dieser Maßnahme Mehrkosten entstehen. Frau Diedrich und Herr Leyk erläutern die Umstände. Sie betonen, dass die öffentliche Ausschreibung geringere Kosten ergeben hat und zudem Abstriche bei den Ausbaumaßnahmen vorgenommen wurden.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Die Stadtvertretung wird gebeten, für den Umbau der Bücherei (Altes Pastorat, Plöner Str. 2) die im Rahmen des Ausschreibungsergebnisses festgestellten Mehrkosten in Höhe von 67.000,- € zusätzlich im Haushalt 2010 bereitzustellen.

- 5 dafür, 2 Enthaltungen -

6. Umgestaltung Niederstraße / Gildenplatz

Frau Diedrich erläutert die Verwaltungsvorlage. Herr Bech betont, dass es sich dabei um ein bewährtes VOF-analoges Verfahren handelt. Es herrscht Einigkeit darin, dass nach Entscheidung des Gremiums der Planer direkt beauftragt wird, ohne dass eine Vorstellung in den Gremien erfolgt.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Das Vergabegremium für die Vergabe der Planungsleistung soll sich wie folgt zusammensetzen:

Stadt Lütjenburg

1. Herr Ocker, BGM
2. Herr Leyk, Stadtreferent
3. Herr Dr. Fritzenkötter, BUA
4. Herr Bech, BUA

- Amt Lütjenburg
5. Herr Heitmann, Bauamt

- Externe Sachverständige
6. Herr Zahn, plus fünf - Gesellschaft für Stadtentwicklung und Kommunalberatung,
Lübeck

- Sanierungsträger der Stadt
7. Frau Diedrich, PL

7. Änderung der Hauptsatzung (§ 68 LBO)

Bürgermeister Ocker und Herr Heitmann erläutern den Sachverhalt. Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Die Entscheidungszuständigkeit für die Erklärung zur grundsätzlichen Genehmigungsfreistellung eines Bauvorhabens nach § 68 Abs. 1 LBO soll auf den Bürgermeister übertragen werden. Die notwendige Änderung in der Hauptsatzung soll für die Beratung in der Stadtvertretung vorbereitet werden.

- 5 dafür, 2 dagegen -

Es herrscht Einigkeit darin, dass bis zur Entscheidung der Stadtvertretung bereits entsprechend verfahren werden soll.

8. Bericht des Umweltschutzbeauftragten
- entfällt, da nicht anwesend -

9. Berichte und Verschiedenes

1. Bürgermeister Ocker regt an, dass in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses ein Beschluss darüber gefasst werden soll, wie die Niederstraße zukünftig genutzt werden soll (Einbahnstraße, verkehrsberuhigter Geschäftsbereich o. ä.).
Es schließt sich eine Diskussion an, in der verschiedene Ausschussmitglieder vortragen, dass sie eine derartige Entscheidung nur vor dem Hintergrund einer vorliegenden Gesamtkonzeption treffen können.
Bürgermeister Ocker macht deutlich, dass eine entsprechende Entscheidung für den zu beauftragenden Planer des Bereiches Gildenplatz/Niederstraße als Vorgabe von Bedeutung sei.
2. Bürgermeister Ocker berichtet über ein Schreiben der Landesregierung, wonach der Rückschnitt nur noch bis zum 1. März eines jeden Jahres erfolgen darf.

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen. Fortsetzung der Niederschrift auf gesondertem Blatt.

Protokollführer: gez. Heitmann

Nicht öffentlich:

Protokollführer: gez. Heitmann